

# AUS DEM RAT

## Informationen der SPD-Fraktion Barendorf

Da bereits seit Jahren die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises zur Deckung der Ausgaben für die Kindertagesstätten der Gemeinden nicht auskömmlich sind, müssen vordringlich Verhandlungen hierüber geführt werden, um die Handlungsfähigkeiten der Gemeinden zu sichern. Abschließend signalisierte Bernd Hein die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf für den Fall, dass der Kindergartenneubau in den Jahren 2016 und 2017 abgesichert ist und die Straßensanierung des Lerchenweges spätestens im Jahr 2017 erfolgen wird. Des Weiteren sei ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn für den Kindergartenneubau im Heidweg beim Landkreis Lüneburg zu beantragen, um eventuelle Fördergelder für das Vorhaben zu sichern. Außerdem sei eine Kredit-ermächtigung für die Investitionsmaßnahmen vorzusehen. Mehrheitlich sprachen sich die Ratsmitglieder für eine Straßensanierung aus, lehnten jedoch eine Festlegung beschränkt nur auf die Sanierung des Lerchenweges ab. Daraufhin beantragte die SPD-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung. Im Anschluss an diese Unterbrechung erklärte die SPD-Fraktion, dass sie aufgrund der geringeren

Kosten für die Lerchenwegsanierung gegenüber anderen Gemeindestraßen sowie den bereits seit dem Jahr 2011 vorliegenden und mit den Anliegern abgestimmten Planunterlagen davon ausgeht, dass die Sanierung des Lerchenweges oberste Priorität besitzt. Bernd Hein stellte die mehrheitliche Zustimmung der SPD-Fraktion in Aussicht, weil fraktionsintern die im Vorfeld geäußerten Bedenken zurückgestellt worden sind.

Siegfried Kubiak von der SPD-Fraktion hatte bereits zu Beginn der Haushaltsdebatte kritisiert, dass den Ratsmitgliedern weder eine Haushaltssatzung noch ein überarbeiteter Haushaltsentwurf vorliegen. Des Weiteren kritisierte er, dass die Vorlage wieder falsche Salden aufweist. Zur letzten Vorlage gab es aufgrund seiner Intervention deshalb ein Korrekturblatt. Das fehlt erneut. Er wird daher dem Haushalt nicht zustimmen.

Nach mündlichem Vortrag der Haushaltssatzung durch den Bürgermeister wurden der Doppelhaushalt für die Jahre 2016 und 2017, die Haushaltssatzung und der Stellenplan mit 10 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme beschlossen.

## Der Haushalt für die Jahre 2016 und 2017 wurde vom Gemeinderat verabschiedet

28.04.2016

Im dritten Anlauf hat am 26. April 2016 der Barendorfer Gemeinderat im Sport- und Dorfgemeinschaftshaus den Doppelhaushalt für die Jahre 2016/2017 beschlossen. Weitere Tagesordnungspunkte in der öffentlichen Sitzung waren u. a. die Berichte des Gemeindedirektors/Bürgermeisters, die Übertragung der Aufgabe „Kommunaler Fahrdienst“ auf die Samtgemeinde Osthede und Anträge der CDU-Fraktion auf Umbesetzungen des Verwaltungsausschusses. Gemeindeentwicklungsausschusses.

Zunächst teilte Bürgermeister Kay Benson mit, dass der CDU-Ratsherr Rudolf Giera seinen Austritt aus der CDU-Fraktion bekannt gegeben hat. Die CDU-Anträge wurden daraufhin von der Tagesordnung genommen.

### Bericht des Gemeindedirektors

Herr Neumann berichtete, dass am 02. Mai 2016 eine Sitzung

Kindergartenbeirates stattfinden wird, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob gegebenenfalls eine Kindergartengruppe im Westtrakt der Grundschule für das Kindergartenjahr 2016/2017 untergebracht und betreut werden kann. Diese Vorgehensweise ist erforderlich, weil der vorhandene Kindergarten in seiner Größe nicht mehr über ausreichende Kapazitäten verfügt, um alle Nachfragen an Kindergartenplätzen zu befriedigen. Derzeit liegen für die neue Kindergartengruppe 16 verbindliche Anmeldungen vor. Für die Herrichtung und Nutzung der Grundschul-Räumlichkeiten ist eine Vereinbarung zwischen der Samtgemeinde als Schulträger und der Gemeinde abzuschließen.

Die Gemeinde hat im unteren Verlauf des Drosselweges Schäden am Fußweg durch den Ausbau von Betonplatten und steinen beseitigen lassen.

SPD

Herr Benson teilte mit, dass ihm ein Schreiben der SPD-Fraktion vorliegt, in dem Bernd Hein als Fraktionsvorsitzender und Regina Wolschläger als stellvertretende Fraktionsvorsitzende benannt werden. Abschließend bedankte er sich bei den Helferinnen und Helfern für die Unterstützung bei der Planung und Durchführung des am 16. April 2016 stattgefundenen Senioren-nachmittags in der Grundschulau-  
la.

### **Übertragung der Aufgabe „Kommunaler Fahrdienst“ auf die Samtgemeinde Ostheide**

Seit Anfang letzten Jahres betreibt die Samtgemeinde Ostheide aufgrund der Aufgabenübertragung durch alle Mitgliedsgemeinden den „Kommunalen Fahrdienst“ (Dörfertabus). In der einjährigen „Testphase“ konnte festgestellt werden, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern der Samtgemeinde Ostheide nicht bekannt oder bewusst ist, wie, ob und wann dieses Mobilitätsangebot genutzt werden kann. Das Thema „Kommunaler Fahrdienst“ war auch Gegenstand der letzten Bürgermeisterversammlung im Rathaus der Samtgemeinde. Alle anwesenden Amtsträger der sechs Mitgliedsgemeinden sprachen sich nach den ausführlichen Informationen seitens der Samtgemeinde für eine zweijährige Verlängerung der „Testphase“ des kommunalen Fahrdienstes aus. Bernd Hein erklärte, dass er den kommunalen Fahrdienst, für den die Samtgemeinde ein Fahrzeug zur Verfügung stellt

und sich 12 ehrenamtliche Fahrer engagieren, als eine wesentliche Verbesserung der Mobilität für den Nutzungsberechtigten Personenkreis ansieht. Im Namen der SPD-Fraktion beantragte er eine weitere zweijährige Übertragung der Aufgabe „Kommunaler Fahrdienst“ auf die Samtgemeinde, um das Projekt weiter voranzutreiben und gegebenenfalls einen Verein zu gründen, der dann die Aufgabe übernimmt.

Dieser Auffassung schloss sich auch die CDU-Fraktion an. Als problematisch wird jedoch die Offenlegung der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse gesehen, um einen Mitfahrausweis für den angebotenen Fahrdienst zu erhalten. Das Bürgerforum hingegen beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes, einhergehend mit der Forderung an die Samtgemeinde, weitere Informationen und Angaben zum Projekt „Kommunaler Fahrdienst“ zu liefern. Die in der Bürgermeisterversammlung signalisierte Zustimmung zur zweijährigen Verlängerung der Aufgabenübertragung durch die Funktionsträger der Gemeinden sei nicht verbindlich. Dem schloss sich auch Herr Dumjahn (Grüne) an und forderte darüber hinaus eine politische Auseinandersetzung mit diesem Projekt.

Der Verantragungsantrag wurde mit 5 Ja- und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag für die Verlängerung der Aufgabenübertragung um zwei weitere Jahre zur Durchführung des

kommunalen Fahrdienstes wurde mit 8 Ja- und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

### **Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2016/2017**

Bevor der nunmehr genehmigungsfähige Doppelhaushalt verabschiedet werden konnte, mussten in den bisher vorgelegten Verwaltungsentwürfen Veränderungen sowohl bei den Einnahmen als auch bei einer Ausgabe vorgenommen werden.

Im Vorwege der Haushaltsberatungen wurden im Rahmen einer Gesprächsrunde, die unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung stattfand, die Erhöhung der Einkommenssteueranteile um 20.000,00 €, die Anhebung der Gewerbesteuerentnahmen um 15.000,00 € und die Minderung des Krippenzuschusses an die Samtgemeinde um 10.000,00 € erarbeitet. Aufgrund dieser Verbesserungen im Ergebnishaushalt stellte die CDU-Fraktion den Antrag, 3.000,00 € im Haushalt für das Jahr 2016 einzustellen, um einen Bouleplatz am Sport- und Dorfgemeinschaftshaus einzurichten. Dieser Antrag fand einstimmig, bei 5 Stimmenthaltungen, die Zustimmung der Ratsmitglieder. Für die Installation eines Echtzeitinformationssystems im Bushaltestellenbereich der Lüneburger Straße in Richtung Lüneburg, beantragte Bürgermeister Kay Benson, 3.750,00 € in den Haushalt 2016 einzustellen. Insgesamt sind für die

Realisierung dieser Maßnahme 15.000,00 € erforderlich, wovon der Landkreis Lüneburg verbindlich 11.250,00 € übernehmen würde. Außer Herrn Götzenberger vom Bürgerforum sprachen sich alle Ratsmitglieder für die Installation des Echtzeitinformationssystems an der Bushaltestelle aus und stimmten der Mittelbereitstellung im Haushalt 2016 zu.

Weitere Änderungen zum letzten Haushaltsplanentwurf vom Februar diesen Jahres ergaben sich durch Mietauffälle wegen des geplanten Wohnhausabrisses im Heidweg 2, den Neubau des Kindergartens im Heidweg mit jeweilig 450.000,00 € für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 sowie 400.000,00 € für den Straßenausbau im Haushaltsjahr 2017.

Für die SPD erklärte Bernd Hein, dass sich seine Fraktion grundsätzlich gegen einen Doppelhaushalt ausspricht, der in einem Wahljahr über die Legislaturperiode hinaus wirkt. Bei Betrachtung der Haushaltsentwürfe ist auffällig, dass die Gemeinde nach wie vor schuldenfrei ist und im Gesamtfinanzhaushalt zu Beginn des Jahres 2016 einen Zahlungsmittelbestand von über 450.000,00 € hat. Trotz dieser positiven Aspekte wird es der Gemeinde schwerfallen, künftig die erforderlichen Mittel zu erwirtschaften, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Dies gilt insbesondere aufgrund der enorm hohen Betriebskosten für die Kinderbetreuung in Kindergarten und -krippe.